Sonnabend, 12. November 1921. • Einzelnummer 15 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 217.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis für Monat November M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 265.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4245, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.—M.
Reklameteil 120.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M.
im Reklameteil 10.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gleichberechtigung.

Die gegenwärtig in unserem Lande vor sich gehenden Wahlen der Stadtverordneten zeigen besonders deutlich, wie groß die Kluft zwischen Theorie und Praxis ist, sobald es sich um die Verwirklichung der den Deutschen Polens im Minderheitenschutzvertrag feierlichst zugesagten Rechte handelt. Eine Reihe von Fällen der offenbaren Benachteiligung der deutschen Wähler wurde an dieser Stelle schon mitgeteilt. Heute liegt uns der folgende Einspruch der deutschen Wähler von Jutroschin gegen die Gültigkeit der dortigen Stadtverordnetenwahlen vor:

„Die unterzeichneten deutschen Wähler erheben Einspruch gegen die Gültigkeit der am 30. Oktober 1921 vollzogenen Stadtverordnetenwahlen und beantragen, sie für ungültig zu erklären.

1. Entgegen der Bestimmung des § 6 Abs. 2 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908, wonach Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen weder einer Anzeige noch einer Genehmigung bedürfen, ist die einzige Versammlung der hiesigen deutschen Wähler am 8. Oktober 1921 im evangelischen Konfirmandensaale durch die hiesige Polizeiverwaltung aufgelöst worden mit der nachträglichen wahrheitswidrigen Begründung, daß an ihr auch Auswärtige teilgenommen hätten.

2. Entgegen den Bestimmungen der Artikel 3 und 4 des Wahlreglements für die Durchführung der Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen vom 12. August 1921 hat der Magistrat nicht eine vollständige, dem jetzigen Stande der Bevölkerung entsprechende Wählerliste aufgestellt, ferner nicht zwei gleichlautende Exemplare hergestellt und schließlich nicht die Wählerliste zur öffentlichen Kenntnis während einer Woche ausgelegt. Die sogenannte Wählerliste des hiesigen Magistrats war nur der Abklatsch einer solchen aus früheren Zeiten, sie enthielt Namen von Personen, die nicht mehr ortsanwesend oder nicht mehr am Leben sind, und vor allem war sie außerordentlich unvollständig, da in ihr nicht nur die Namen von etwa 40 Deutschen, sondern auch von einer großen Anzahl polnischer Wähler fehlten; von dieser Liste wurde zwar dann ein zweites Exemplar hergestellt, aber nicht ein gleichlautendes, sondern eine Umarbeitung der früheren Liste, indem die zahlreichen Nachträge angeblich nach dem Alphabet in die alte Reihenfolge hineingesetzt wurden; das vorgenannte einzige Exemplar der Wählerliste hat auch nur etwa 8 Tage im Polizeibureau öffentlich ausgelegen, und zwar erst auf Veranlassung deutscher Wähler, nachdem es die ersten Tage der Auslegefrist sich im Gewahrsam des Bürgermeisters in dessen nur schwer und jedenfalls nicht vorschriftsmäßig mindestens 7 Stunden täglich zugänglichen und von vielen gemiedenen Amtszimmer befunden hat.

3. Die Vorschriften des Artikels 7 des Wahlreglements sind nicht beachtet worden. Über die Aufnahme des fehlenden Namens eines Wahlberechtigten in die Wählerliste entschied lediglich der die Liste führende Schreiber des Magistrats.

4. Ohne jede Grundlage in den gesetzlichen Bestimmungen hat der Vorsitzende der Wahlkommission von den deutschen Wählern die Aufnahme von 9 „Stellvertretern" in die deutsche Kandidatenliste verlangt.

5. Entgegen der Vorschrift des Artikels 11 des Wahlreglements wonach bei 9 Stadtverordneten die Unterschriften von 18 Wählern genügen, hat der Vorsitzende der Wahlkommission verlangt, daß die deutsche Kandidatenliste von mindestens 36 Wählern unterzeichnet werden mußte.

6. Entgegen der Vorschrift des Artikels 17 hat sich der Vorsitzende der Wahlkommission mit dem in der deutschen Kandidatenliste bezeichneten Vertrauensmann, Herrn Pastor Zalobielski, überhaupt nicht verständigt.

7. Gegen die Bestimmungen des Artikels 18 des Wahlreglements ist in folgenden Punkten verstoßen worden: Die deutschen Kandidaten sind von der Wahlkommission zur Prüfung auf ihre Beherrschung der polnischen Sprache überhaupt nicht, wie das Wahlreglement es vorschreibt, einzeln und mit ordnungsmäßiger Zustellung geladen worden. Am späten Abend vor dem Prüfungstage ist lediglich ein Schreiben des Vorsitzenden der Wahlkommission, adressiert an den Vertrauensmann der deutschen Wähler, einem der deutschen Kandidaten ausgehändigt worden in dem der deutsche Vertrauensmann aufgefordert wurde, mit den Kandidaten der deutschen Liste am folgenden Nachmittag um 4 Uhr zur Prüfung zu erscheinen. Es war völlig ausgeschlossen, in dieser kurzen Spanne Zeit sämtliche deutschen Wähler zu benachrichtigen. Es war stadtbekannt, daß gerade zur Prüfungsstunde in der evangelischen Kirche eine große Trauung stattfand, an der außer dem deutschen Vertrauensmann, Herrn Pastor Zalobielski, drei deutsche Kandidaten, die Herren Feist, Vogt und Handke, teilnahmen. Es war in unserem kleinen Städtchen ferner bekannt, daß am Prüfungstage und schon am vorhergehenden Tage die deutschen Kandidaten Raubut und Schön verreist waren. Das Ausbleiben aller dieser Herren, sowie der deutschen Kandidaten Dzinballe, der vom Sterbebette seiner Ehefrau nicht fortkonnte und Kitsche, der am Prüfungstage in einer unaufschiebbaren Angelegenheit verreisen mußte, wurde von dem deutschen Kandidaten Adolf Weigelt bei Beginn der Prüfung unter Angabe der Entschuldigungsgründe der Wahlkommission mitgeteilt. Trotzdem diese 7 Kandidaten überhaupt nicht ordnungsmäßig und rechtzeitig geladen waren, ihr Ausbleiben hinreichend entschuldigt war und ihre Prüfung — wie es die Gerechtigkeit, das Taktgefühl und eine entsprechende Anwendung der gesetzlichen Vorschriften über das entschuldigte Ausbleiben vor den Gerichten und anderen Behörden erfordert — sehr leicht am folgenden Tage hätte erfolgen können, wurden diese der polnischen Sprache vollkommen mächtigen Kandidaten ohne weiteres von der Kandidatenliste gestrichen. Von den 11 deutschen Kandidaten, die sich zum Examen stellten, glaubten sieben nicht genügend der polnischen Sprache in der Schrift mächtig zu sein, wiewohl die meisten von ihnen vielleicht noch besser hätten schreiben können als manch einer von den polnischen Kandidaten, denen dann von einem Mitgliede der Wahlkommission vorgesagt werden mußte, um ihrer Unwissenheit abzuhelfen. Diese sieben Kandidaten entfernten sich daher. Ihre Namen wurden darauf gleichfalls von der deutschen Kandidatenliste gestrichen, ohne daß sie oder entsprechend der Vorschrift des Artikels 17 der deutsche Vertrauensmann vorher auf eine solche Folge hingewiesen wären, und obwohl Artikel 18 des Wahlreglements die Streichung aus der Kandidatenliste in einem solchen Falle gar nicht vorsieht.

Trotzdem die deutschen Kandidaten nicht rechtzeitig und vorschriftsmäßig zur Prüfung geladen waren, das Ausbleiben der fehlenden Kandidaten nach allgemeinen rechtlichen und menschlichen Grundsätzen hinreichend entschuldigt war, so wurde doch laut Schreiben vom 27. Oktober 1921 die deutsche Kandidatenliste, angeblich auf Grund des Beschlusses der Wahlkommission, tatsächlich aber wohl auf Befehl des Starosten in Rawitsch für ungültig erklärt, und auf diese Weise den deutschen Wählern die Ausübung des Wahlrechts unmöglich gemacht. Daß hierdurch das bisher in Jutroschin im allgemeinen gute Einvernehmen zwischen Deutschen und Polen zerstört wird, bedarf keiner weiteren Begründung.

Auch aus diesem Grunde und nicht nur wegen der oben gerügten Verstöße gegen die Wahlvorschriften ist die Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahlen geboten."

Der Jutroschiner Fall ist nur einer von vielen, — einer von den vielen Fällen, aus denen klar hervorgeht, daß den Wählern die Ausübung ihres Wahlrechts nach Möglichkeit erschwert oder ganz unmöglich gemacht werden soll.

Im Landkreis Graudenz wurden im Kreisblatt für jeden Bezirk nur die polnischen Listen veröffentlicht, obwohl für jeden der fünf Bezirke eine den gesetzlichen Bestimmungen genau entsprechende deutsche Liste aufgestellt und rechtzeitig eingereicht worden war. Eine Benachrichtigung über die Streichung der deutschen Kandidaten und über die Gründe einer solchen Streichung ging den deutschen Vertrauensleuten nicht zu. Auch hier wollen die deutschen Wähler Einspruch erheben gegen die Gültigkeit der unter solchen Umständen vorgenommenen Wahlen. Die sogenannte Gleichberechtigung und das Wohlwollen der polnischen Behörden, besonders der untergeordneten Stellen, der deutschen Bevölkerung gegenüber zeigt sich aber nicht nur bei den Wahlen und ihrer Vorbereitung, sondern auch bei vielen Anlässen anderer Art. Ein besonders hübsches Stückchen teilen die in Bromberg erscheinenden „Deutschen Nachrichten" aus Schulitz mit. Dort veranstalteten die deutschen Wandervereine von Schulitz und Bromberg an einem der letzten Sonntage einen Elternabend im Krügerschen Gasthaus. Acht Tage vorher hing in den Schaufenstern mehrerer deutschen Geschäfte das Programm dieser Veranstaltung in üblicher Weise aus. Am letzten Sonnabend mittags erschien in einem dieser Geschäfte ein Gendarm und teilte dem Inhaber mit, er sei bestraft, weil sich in seinem Schaufenster ein Programm befände, welches nur in deutscher Sprache verfaßt sei. Der betreffende Kaufmann verwies in seiner Antwort auf den Minderheitsschutzvertrag, welcher den Deutschen in Polen ausdrücklich den freien Gebrauch ihrer Muttersprache zusichert. Der Gendarm entfernte sich darauf. Nach drei Stunden kam er zurück, verlangte nunmehr kategorisch die Herausnahme jenes Programms und wiederholte nochmals, daß die Bestrafung wegen Heraushängens eines deutschen Programms bereits beschlossen sei. Dem weiteren energischen Drängen des Beamten kam dann schließlich der Kaufmann nach und entfernte das Programm.

Es ist klar, daß das Vorgehen des Gendarmen ungesetzlich war. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die es deutschen Vereinen verbietet, ihre Veranstaltungen in deutscher Sprache anzukündigen. Nicht das Recht, sondern die Furcht vor der Gewalt, d. h. der angedrohten Bestrafung, hat den Schulitzer Kaufmann gezwungen, jenes deutsche Programm aus seinem Schaufenster zu entfernen.

Die Ansiedler.

In Nr. 206 des „Pos. Tagebl." (vom 29. Oktober) wurde berichtet, daß der Ministerpräsident Ponikowski am 26. Oktober eine Abordnung der deutschen Ansiedler empfing, die in einer Eingabe

Eine friedliche Auseinandersetzung.

Warschau, 11. November. In der Mittwochsitzung der großpolnischen und pommereller Abgeordneten spielte sich ein sehr unangenehmer Vorfall ab. Während der Beratungen wurde die Aussprache durch Zwischenrufe des Abgeordneten Nader unterbrochen. In der Aussprache über die Entlassung der Arbeiter aus den Militäranlagen wies der Abg. Nader von der nationalen Arbeiterpartei darauf hin, daß ein solches Vorgehen der Regierung die Arbeiter in die Hände des Kommunismus treibt. Ihm entgegnete der Abg. Bigoński: „und in die Arme der nationalen Arbeiterpartei." In diesem Augenblick rief der Abg. Nader dem Abg. Bigoński zu: „Rotzbengel!" Der Abg. Bigoński entgegnete sofort: „Es gibt Leute, die einen anständigen Menschen nicht beleidigen können." Darauf rief Nader: „Spitzel!" Der Abg. Bigoński ging darauf zu Nader und ohrfeigte ihn. Während des Tumults, der hierdurch entstand, schloß der Abg. Sychel die Versammlung.

Dąbskis Rücktritt.

Warschau, 10. November. Der Vorstand der polnischen Volkspartei faßte in seiner Sitzung am 8. d. Mts folgende Entschließung:

Weil der Vizeminister Dąbski in der Angelegenheit des Vertrages mit Krachan mit Wissen der Regierung und im Auftrage des Außenministers Skirmunt gehandelt hat, erklärt der Klub der polnischen Volkspartei, daß die Verantwortung für diesen Vertrag auf die Regierung und in erster Linie auf den Außenminister fällt. Trotzdem haben ebenso der Außenminister Skirmunt wie auch der Ministerpräsident Ponikowski im Sejmausschuß für auswärtige Angelegenheiten einen Beschluß bestätigt der mittelbar gegen den Vizeminister Dąbski gerichtet ist. Der Vorstand der polnischen Volkspartei stellt fest, daß unter solchen Bedingungen die Mitarbeit des Herrn Dąbski im Außenministerium unmöglich ist und nimmt die Entschließung über sein Rücktrittsgesuch zur Kenntnis.

Der polnisch-französische Handelsvertrag.

Warschau, 11. November. (Tel.-U.) Die Verhandlungen über den Abschluß eines polnisch-französischen Handelsvertrages sind nahezu beendet. In der letzten Zeit hatten sich verschiedentlich Differenzen in der Frage der französischen Rechte im ostgalizischen Petroleumgebiet ergeben die um so schwerwiegender waren als gewisse polnische Kreise auf eine Entstaatlichung der Petroleumbetriebe hinwirkten. Der Abschluß der Handelskonvention ist für Polen um so wichtiger, als mit ihrem Inkrafttreten auch das militärisch-politische Abkommen Geltung erlangt.

Zum türkisch-französischen Vertrag.

Englische Bedenken.

London 11. November. Das französisch-türkische Abkommen welches in London eine gewisse Sensation erregte, wurde wie „Daily Telegraph" berichtet, von der englischen Regierung sorgfältig geprüft und in wesentlichen Punkten ernsthaft beanstandet. Das Blatt behauptet, London beabsichtigt trotz der Abwesenheit Briands die notwendigen Schritte in Paris zu unternehmen.

Der „Petit Parisien" berichtet, daß zwischen London und Paris Verhandlungen eröffnet werden, um festzustellen, inwieweit die englischen Einwendungen gegen den Vertrag von Angora berechtigt sind, und um die Differenzen beizulegen. Von verschiedenen Seiten wird vorgeschlagen, die Angelegenheit der Botschafterkonferenz oder dem Völkerbundsrat zuzuweisen. Der Text des englischen Memorandums über das französisch-türkische Abkommen ist an Briand nach Newyork gekabelt worden.

In diplomatischen Kreisen Englands ist man wegen der englisch-französischen Verhandlung über den türkisch-französischen Vertrag beunruhigt. Der Schutz der Minoritäten wird illusorisch, wenn an die Türkei Gebiete abgetreten werden, die Griechenland zugehören. Man fürchtet, daß durch das selbständige Auftreten Frankreichs das britische Ansehen leidet. Chamberlain wollte nähere Ausführungen zu der Angelegenheit im Unterhaus noch nicht abgeben.

Italien und der Vertrag.

Rom 11. November. (Tel.-U.) Die Blätter geben der Meinung Ausdruck daß falls der französisch-türkische Vertrag ausgeführt werde, auch die wirtschaftlichen Interessen Italiens darunter zu leiden hätten.

Die oberschlesische Autonomiefrage.

Berlin, 11. November. Zu der Meldung, nach der die Durchführung des oberschlesischen Autonomiegesetzes zweifelhaft sei, erfährt das „Berliner Tageblatt" aus zuständiger Stelle: Es handelt sich lediglich um die Ausführungsbestimmungen, die gegenwärtig beraten werden. Weder die Reichsregierung noch die preußische Staatsregierung denken daran, der Durchführung des vom Reichstag angenommenen Autonomiegesetzes Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die Bevölkerung des deutsch gebliebenen Teiles Oberschlesiens wird auf dem Wege der Abstimmung selbst entscheiden, ob sie die Autonomie wünscht.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 11. November. Die Kommission zur Festsetzung der Grenzlinien Oberschlesiens hat ihre Arbeiten begonnen. Den Vorsitz in dieser Kommission führt General Dupont. Sie besteht außer dem Vorsitzenden noch aus sechs Mitgliedern, und zwar einem französischen, einem britischen, einem italienischen und einem japanischen Vertreter. Von deutscher Seite ist vom Auswärtigen Amt Geheimrat Dr. Treutler, von polnischer Seite Graf Szembek anwesend. Die Kommission hat von der Botschafterkonferenz Anweisungen erhalten, die Grenzen so festzulegen, daß bei den bevorstehenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen keine Schwierigkeiten entstehen. Ihr Spielraum ist aber sehr gering. Sie hat sich bei der Grenzfestsetzung an die Orte zu halten, die in Genf genannt wurden. Ein Austausch darf nur stattfinden, wenn sich Deutschland und Polen vorher darüber verständigen.

Die Wirtschaftsverhandlungen in Genf.

Genf, 11. November. Zum Präsidenten für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ist der Schweizer Bundesrat Ador ausersehen. Die Konferenz wird in ungefähr 14 Tagen in Genf beginnen.

Straßenschießereien in Oppeln.

Oppeln, 11. November. (Telunion.) In Dometzko schoß ein aus dem Elsaß importierter Kriminalbeamter der Apo auf offener Straße auf den Vorkämpfer für das Deutschtum Hampel. Vier Schuß gingen in die Schenkel des Ueberfallenen, einer in den Unterleib. Der Elsässer, der auch auf die ihn bedrängende Menge schoß, wurde darauf von der erbitterten Bevölkerung erschossen.

Polnische Oberpostdirektion in Kattowitz.

Kattowitz, 11. November. (Telunion.) Neben der neuen polnischen Eisenbahn-Direktion soll in Kattowitz auch eine polnische Oberpostdirektion eingerichtet werden. Beide Verwaltungszweige werden sich auch auf das Teschener Gebiet erstrecken.

Lloyd George und Ulster.

London 11. November. (Tel.-U.) Lloyd George verhandelte weiter mit Craig. Lloyd George hat sich bereit erklärt, bis Donnerstag mittag das Ulster-Kabinett zu empfangen.

Ein Aufruf der Irländer.

Warschau 11. November. Einige polnische Politiker haben einen Aufruf Irlands erhalten der an die Vertreter der Nationen der ganzen Welt gerichtet ist. Dieser Aufruf wurde im September 1921 vom irischen Parlament genehmigt und an die Parlamente aller Staaten in der Form einer Erklärung gesandt. Diese Erklärung wurde nach Polen in polnischer Übersetzung gesandt mit der Aufschrift „An die Gewählten des polnischen Volkes". Dieser Aufruf enthält eine Reihe von Erklärungen über den wirtschaftlichen und ökonomischen Stand Irlands über die Fabriken und Anlagen, die sich in diesem Staate befinden, über ihre Produktion usw. Weiter ist ein Verzeichnis der von den Engländern im Jahre 1920 vernichteten und demolierten Fabrikeinrichtungen in irländischen Städten und Dörfern enthalten. Erwähnt ist die Ermordung Hunderter von Irländern, die zur Verteidigung ihres Vaterlandes gekämpft haben.

Unruhen in Japan.

Moskau, 11. November. Die „Iswestija" melden, daß in Nagoja große Unruhen stattgefunden haben sollen. Während einer Versammlung der Kensinkaipartei, die zweimal von der Polizei auseinandergetrieben wurde, kam es zu einem Kampfe, wobei einige Polizisten schwer verwundet wurden. Die Menge begab sich nach dem Redaktionslokal des Organs der Siejukaipartei „Schinazeti", wo eine Demonstration veranstaltet wurde. Das Redaktionslokal wurde von der Menge demoliert. Am folgenden Tage begannen die Unruhen von neuem. Die Menge demolierte die Villa des Stadtpräsidenten und das Elektrizitätswerk.

auf die drohende Verdrängung von etwa 3000 Ansiedlerfamilien hinwies und um Aufhebung der dahin zielenden Verordnung des Okręgowy Urząd Ziemski bat. Es wurde damals mitgeteilt, daß der Ministerpräsident den Ansiedlern wohlwollende Prüfung ihrer Angelegenheit zusagte und ihnen Ende derselben Woche das Ergebnis dieser Prüfung und seiner Besprechung mit den Ministern mitzuteilen versprach. Diese sehnlichst erwartete Mitteilung ging damals den deutschen Ansiedlern **nicht** zu. Sie sollte dann angeblich am 3. November gegeben werden, — auch das traf nicht zu, und als am 8. November der Sejm wieder zusammentrat, war der Ministerpräsident überhaupt nicht zu erreichen, und sein Vertreter erklärte, er sei über die Angelegenheit nicht orientiert. Infolgedessen wurde von den Ansiedlern folgendes **Telegramm an den Völkerbund** gesandt:

„Viele Tausende deutschstämmiger Bauernfamilien werden in krassester Verletzung des Minderheitenschutzes von polnischer Regierung aufgefordert, Besitzungen bis 1 Dezember zu räumen. Familien also voraussichtlich Eigentums beraubt, mitten im Winter mittellos auf der Straße. Maßnahmen gerichtet sowohl gegen polnische Staatsbürger wie gegen Angehörige des Deutschen Reiches. Erbitten dringend sofortigen Schutz. Anfragen und Bescheid erbeten an Bureau des Deutschtumsbundes, Bydgoszcz, Plac Wolnosci 1 III."

Im Zusammenhang mit der Behandlung der deutschen Ansiedler durch die polnischen Behörden erscheinen Versuche dieser selben Behörden, deutsche Ansiedler für eine Beteiligung an einer großen **Wohltätigkeitsaktion zugunsten der „Armen"** zu gewinnen, in einem sonderbaren Lichte. Uns wird darüber geschrieben:

„In verschiedenen Kreisen sind die **Kreisverwaltungen** an die Landwirte herangetreten, sie möchten **freiwillig Korn und Kartoffeln** für die „Armen" abliefern. Die **deutschen Landwirte** sind diesen Wünschen vielfach **nachgekommen** in der Annahme, daß dieser Vorschlag aus Gründen allgemeiner Menschlichkeit gemacht sei, und man es verhindern wolle, daß irgendwelche Bewohner Polens zu schwerer Winterszeit in Not geraten. Da außerdem die **Kreistagswahlen** bevorstanden und anzunehmen war, daß dadurch das deutsche Element in die Kreistage und damit in die Verwaltung einziehen würde, so glaubte man dadurch auch einen **Einfluß auf die gerechte Verteilung** dieser Stiftungen zu bekommen.

Man hat sich in den Voraussetzungen getäuscht. Die polnischen Behörden haben, indem sie **jede Menschlichkeit außer acht lassen**, Tausenden von **Ansiedlern und Arbeitern ganz kurzfristige Kündigungen** zugestellt und sind im Begriff, diese „Armen" **mitten im Winter einfach auf die Straße zu setzen**. Die von dieser **unmenschlichen Verfügung** Betroffenen stellen in Wirklichkeit die „**Armen**" dar, denn sie wissen nicht, wo sie ein Obdach finden sollen und wie sie sich mit ihren Kindern den Winter über ernähren werden. Des weiteren haben verschiedene Starosteien und andere Behörden es für richtig gehalten, die **deutschen Wahllisten**, unter **Verletzung des Wahlgesetzes**, einfach zu **streichen** und damit **das deutsche Element**, welches wirtschaftlich in vielen Kreisen den bedeutendsten Teil der Bevölkerung ausmacht, **völlig aus der Verwaltung auszuschalten**.

Wir sind daher der Ansicht, daß unsere **deutschen Landwirte** richtig handeln, wenn sie sich an der von den Behörden eingeleiteten **freiwilligen Sammlung von Roggen und Kartoffeln nicht mehr beteiligen**, sondern ihrerseits die auf die Straße gesetzten **deutschen Volksgenossen**, welche **die wirklich „Armen"** darstellen, **unterstützen**. Auch die **Kreisvereinigungen des „Deutschtumsbundes"** werden gern behilflich sein, für die verarmten Volksgenossen **Sammlungen** zu veranstalten und Spenden entgegenzunehmen. **Wir empfehlen diesen Weg.** Über die Verwaltung solcher Spenden wird jeder Deutsche die **Kontrollmöglichkeit** haben, da er hier zur Verwaltung zugelassen wird, während er ja aus der Kreisverwaltung seitens der Behörden ferngehalten wird.

Für die hier herrschende **Ungerechtigkeit der deutschen Bevölkerung gegenüber** ist es kennzeichnend, daß man zwar von den deutschen Landwirten freiwillige Spenden haben will — aus Gründen der Menschlichkeit! —, gleichzeitig aber ihre Volksgenossen aufs unmenschlichste behandelt, indem man sie im Winter auf die Straße setzt und gleichzeitig dieselbe deutsche Bevölkerung unter Bruch des Minderheitsschutzvertrages aus der Verwaltung ausschließt."

Politische Tagesneuigkeiten.

Ein Mörder Datos in Paris verhaftet? Die Gendarmen von Montreuil haben gestern einen gewissen Ferra verhaftet. Man vermutet, daß es sich um einen Mörder Datos handelt.

Der 11. November als amerikanischer Nationalfeiertag. Der Kongreß hat beschlossen, den 11. November zur Erinnerung an den Abschluß des Waffenstillstandes als **Nationalfeiertag** einzusetzen.

Nur eine Revision des Versailler Vertrages kann helfen.

Konstanz 11. November. (Telunion.) In Anwesenheit der **Reichsregierung** und der **badischen Regierung** tagten heute hier die **süddeutschen Handelskammern** und die **Handelskammern der Schweiz**. Die Tagung, die etwa 130 Teilnehmer zählte, beschäftigte sich u. a. mit der wirtschaftlichen Lage in der Schweiz und besonders mit ihrer Auswirkung auf den deutsch-schweizerischen Güteraustausch. Eine hierzu angenommene Entschließung besagt:

Die katastrophale Entwertung der deutschen Währung beweist, daß die durch den Versailler Friedensvertrag und das Londoner Ultimatum Deutschland auferlegten Lasten die Kräfte der deutschen Valutawirtschaft übersteigen. Der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands muß bei der unaufhaltsamen Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen die europäische Wirtschaft und damit die gesamte Weltwirtschaft mit sich reißen. Eine Gesundung ist nach der Überzeugung der Versammlung nur durch eine unverzügliche Revision des Versailler Friedensvertrages mit seiner vernichtenden Auswirkung zu erreichen.

Die amerikanischen Forderungen nach Revision.

Washington 11. November. (Tel.-U.) Die „**Neuyork World**" spricht in einem Artikel die Erwartung aus, daß auf der **Washingtoner Konferenz der Versailler Vertrag einer völligen Revision unterzogen** werde. Der Vertrag müsse durch ein neues **gerechteres** System ersetzt werden, das auch Deutschland und den anderen Ländern die gleichen Anrechte gewähre wie den Siegerstaaten. Um das heutige Chaos zu lösen, müsse durch ein besonderes Institut eine Art Weltkontrolle über alle Geld- und Wirtschaftsangelegenheiten ausgeübt werden.

Loucheur nach Washington berufen.

Paris, 11. November. (Tel.-U.) **Briand** hat gestern Loucheur telegraphisch gebeten, an den Arbeiten der internationalen Konferenz von **Washington** teilzunehmen. Loucheur wird nächsten Sonnabend nach Amerika abreisen.

Albaniens neue Grenze.

Paris, 11. November. Die **Botschafterkonferenz** billigte den Bericht der Kommission für Albanien. Sie beschloß, in der nächsten Sitzung die Entscheidung der alliierten Hauptmächte zu unterfertigen, die **die Grenze des albanischen Gebietes** bestimmt. Nach dem „Temps" wird diese Grenze die folgenden vier Grenzberichtigungen enthalten, im übrigen aber der Grenze Albaniens von 1913 entsprechen:

1. Die **Ortschaft Lim** wird vollkommen auf albanisches Gebiet fallen.

2. Die **Straße von Dibra nach Striga** wird vollständig auf südslawisches Gebiet fallen.

3. Zugunsten Südslawiens wird eine Grenzberichtigung vorgenommen werden, durch die die **Umgebung von Prisren** vom albanischen Gebiet losgelöst wird.

4. Im Nordosten von **Skutari** wird die Grenze eine leichte Abänderung erfahren, um sich hier der Stadt Podgoritza zu nähern.

England und Albanien.

London, 11. November (Telunion). Die albanische Angelegenheit ist im Unterhaus besprochen worden. **Harmsworth**, der Sekretär für auswärtige Angelegenheiten, teilte mit, daß die Serben einen großen Teil Albaniens besetzt hätten und 40 Kilometer vor **Tirana** stünden. Er fügte hinzu, daß die Botschafterkonferenz die albanischen Grenzen festgesetzt hat und ihren Entschluß den beteiligten Parteien mitteilen werde. Der südslawischen Regierung werde befohlen werden, ihre Truppen aus dem albanischen Gebiet zurückzuziehen. Die britische Regierung hat bereits Schritte unternommen, um die Anerkennung der Regierung von **Tirana** herbeizuführen.

Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, hat von Lloyd George ein Telegramm erhalten, das dringend um Einberufung des Völkerbundrates ersucht, um die Lage zu prüfen, die in **Albanien** durch die **militärische Aktion Jugoslawiens** geschaffen worden ist. Der Generalsekretär hat sich gestern sofort mit dem Präsidenten **Hymans** in Verbindung gesetzt. Man glaubt, daß die Tagung bald, möglicherweise in Paris stattfinden wird.

Vereinigte Staaten.

Ein amerikanischer Großkaufmann verlangt ein Moratorium für alle Schulden Europas in Amerika.

Paris, 11. November. Der zweite Vizepräsident der amerikanischen Firma Marshall Field u. Co., **Simpson** in Chicago, erklärte dem Vertreter der europäischen Ausgabe der „Chicago Tribune" u. a.: Die einzige Möglichkeit für Europa, die amerikanischen Rohmaterialien zu bezahlen, sei, **Bezahlung mit Ware**.

Nach Simpsons Ansicht sei es weit weniger notwendig, daß die fremden Nationen ihre **Schulden an Amerika** bezahlen, als daß **in Amerika** für jedermann der Industrie und Landwirtschaft **Arbeit geschaffen** werde. Durch die verschleppende Taktik des Kongresses seit dem Waffenstillstand sei Amerika nach und nach aller Vorteile verlustig gegangen, die es früher aus seiner Ausfuhr gezogen habe.

Simpson verlangte vom Kongreß den schleunigen Erlaß eines **Moratoriums** von 10 bis 15 Jahren **für alle Schulden europäischer Nationen an Amerika**, ferner fordert er, daß die Gläubigerstaaten, denen dieses Moratorium gewährt werde, dafür andererseits den finanziellen Druck auf Deutschland für den gleichen Zeitraum unterlassen sollen.

Wenn dies geschehe und die **finanziellen Reparationsbestimmungen herabgesetzt** und den Zahlungsmöglichkeiten angepaßt werden würden, wenn dazu ein mäßiges Schutzzollsystem der Vereinigten Staaten komme, so würde damit schon viel geschehen, um die Voraussetzungen eines besseren Wechselkursverhältnisses wiederherzustellen.

Simpson hofft, daß der Kongreß Schritte in dieser Richtung unternehmen werde. Falls jedoch etwas Derartiges nicht zustande komme, so sei der finanzielle **Zusammenbruch Deutschlands vorauszusehen**, durch den die Regierung in die Hände von Unverantwortlichen fallen würde, eine Möglichkeit, durch die Frankreich ernster bedroht würde, als es durch deutsche Heere bedroht werden könnte.

Amerika will unabhängig von allen europäischen Bündnissen bleiben.

London, 10. November. Der **amerikanische Botschafter Harvey** erklärte in einer Rede in Liverpool, der **industrielle Friede sei jetzt das Ziel**, das erreicht werden müsse; wenn, wie er fest glaube, das nützliche Ergebnis der **Washingtoner Konferenz** engere politische Beziehungen zwischen Großbritannien und Amerika sein würden, so müsse auch ein engeres vorteilhafteres **Zusammenwirken beider Länder** auf dem Gebiete des Handels folgen.

Auf die Äußerung Lord Derbys vor einigen Tagen, daß die Vereinigten Staaten vielleicht dem Bündnis zwischen Großbritannien und Frankreich beitreten würden, erklärte Harvey, es falle ihm das unglückliche Los zu, die Illusionen bezüglich der Haltung der Vereinigten Staaten zu zerstreuen. Es könne nichts dadurch gewonnen werden, daß man die Wahrheit nicht sehen wolle. Die von Derby geäußerte Hoffnung müsse als vergeblich angesehen werden. Die Tatsache sei unumstößlich, daß der Beitritt der Vereinigten Staaten zu irgendeinem dauernden Bündnis vollkommen unmöglich sei.

Zwei Minuten für die Gefallenen des Weltkrieges.

Washington, 10. November. Präsident **Harding** erließ eine Proklamation, in der er die Bürger auffordert, die im Weltkriege Gefallenen dadurch zu ehren, daß am 11. November **von 12 Uhr bis 12 Uhr 2 Minuten jegliche Arbeit vollständig ruhe**.

Arbeiterbewegung.

Von der internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 10. November. (Telunion.) Die Arbeitskonferenz hat mit großer Mehrheit beschlossen, die beiden Punkte: Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Schutzmaßnahmen für Frauen- und Kinderarbeit auf der Tagesordnung zu belassen. Die Arbeitervertreter forderten dabei, daß auch die Arbeitszeit in der Landwirtschaft besprochen wird.

Eine Lösung der Erwerbslosenfrage in London.

Die englische Regierung wird in nächster Zeit ihre Entscheidung fällen hinsichtlich des vom Senat verlangten Vorschusses von Millionen Pfund, um das Londoner **unterirdische Eisenbahnnetz** ausbauen zu lassen. Diese Arbeiten sollen als Hilfe gegen die **Arbeitslosigkeit** vergeben werden. Es wird anerkannt, daß dieses Unternehmen während zwei Jahren ca. 20 000 Arbeitern Arbeit geben würde. Aber die Direktion des **Transporttrustes**, die gleichzeitig die Untergrundbahn von London und die Straßenbahn kontrolliert, fordert, daß dieses Unternehmen nicht von der Kommune ausgenutzt werde. Ferner verlangt die **Omnibusgesellschaft**, daß dieses letztere Unternehmen während zwölf Jahren gegen jede Konkurrenz geschützt werde. Hierdurch werden die Verhandlungen erschwert.

Republik Polen.

† **Ersetzung der polnischen Mark durch eine neue Valutaeinheit?** „**Dziennik Berliński**" berichtet aus **Warschau**, daß eine Vermögensabgabe von Bargeld vorläufig nicht erhoben werden wird. Wahrscheinlich wird in Kürze die Ersetzung der polnischen Mark durch eine neue Valutaeinheit stattfinden.

† **Oberschlesische Kohle.** Die polnischen Eisenbahnbehörden haben Oberschlesien 5000 Wagen geliefert, so daß Polen in Kürze oberschlesische Kohle in größeren Mengen erhalten wird, deren Preis bei der heutigen Valutakonjunktur bedeutend niedriger als der Preis für **Dombrowaer** Kohle ist.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(51. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Er hatte etwas Weicheres, Zuvorkommenderes ihr gegenüber, wie er es früher nicht gerade in dem Maße besessen. Denn es tat ihm so leid, daß er einst, ohne seine Schuld, zum Mitwisser des tiefsten Geheimnisses ihrer Seele werden mußte. Das wollte er sie durch doppelte Zartheit vergessen lassen.

Er wußte nicht, das er und Ellen beobachtet wurden. Daß Gisela täglich, stündlich ihnen nachsah und auflauerte, wenn sie einmal irgendwo allein zusammen waren oder harmlos mit nicht so lauter Stimme plauderten als sonst. Hinter Giselas verschleierten Augen, die nichts zu sehen schienen, die scheinbar nur träumend in weite Fernen sahen, lag noch etwas anderes. — fiebernd, — zitternd — wie ein zum Sprung geduckter Tiger, — das Mißtrauen.

Knut und Ellen hatten etwas miteinander. Da war es ihre Pflicht, zu ergründen, was das war. Gisela hatte sich sonst nie viel um Pflicht gekümmert, aber wenn die Pflicht interessant wurde, — hochinteressant, — prickelnd, — dann gab sie sich ihr hin. Und dies zu beobachten, war wirklich sehr interessant.

Dieser biedere, rechtschaffene Knut, auf den alle schwörten, — und Ellen, die nur der Musik zu leben schien!

Vor dem Notenpult kniete Ellen.

Neben ihr stand Knut, die Lampe in der Hand.

„Hier ist noch ein einzelnes Blatt, das sich verloren haben muß."

Er gab es ihr.

Sie sah flüchtig darauf hin.

Dann wechselte sie jäh die Farbe.

Er sah sie erschrocken an und dann auf das Blatt.

„Es ist bestimmt in Gottes Rat."

Richtig, hatten sie das nicht jenen letzten Abend mit Römer zusammen gesungen? Ein tiefes Mitleid überkam ihn. Das arme, arme Mädel! Er beugte sich herab zu ihr, die noch immer am Boden kniete, das kleine, unscheinbare Blatt in den zitternden Händen. —

„Du mußt stark sein, Ellen, — armes Kind, hörst Du? Sonst merken es ja die anderen."

Da hörten sie ein Geräusch.

In der Veranda stand Gisela.

„Verzeiht! Ihr dachtet wohl, daß ich schon zu Bett wäre? Gute Nacht." —

Ohne ihnen die Hand zu geben, rauschte sie hinaus.

Kopfschüttelnd sah Knut ihr nach.

„Rätselhafte Frau, warum ist die nur wieder so komisch jetzt? Aber gute Nacht, Ellen, Lies wird schon warten auf mich. Und sei stark, Kind. Es gibt ein Wiedersehen."

Damit ging er nach oben. — — — — — — — — —

Gisela hatte Lies am anderen Morgen alles wiedererzählt, — haarklein, — Wort für Wort, was Knut gesprochen.

Lies hatte erstaunt zugehört.

„Gisela, ich glaube Du bist noch krank. Laß doch bitte diese Kindereien jetzt. Warum willst Du uns diese wunderschönen Tage hier trüben durch so häßliche Dinge. Du weißt, daß ich an Knut glaube wie an Gott. Bitte, mische Dich nicht immer in unsere Angelegenheiten."

Es war das erstemal nach dem Tode der Kleinen, daß Lies so hart mit Gisela sprach.

Dann ging sie fort und ließ die andere stehen. Den Buchengang hinunter ging sie, wo das Meer rauschte.

Sie ärgerte sich über sich selber. Wie konnte ihr das nur Kopfzerbrechen machen, was Gisela ihr da erzählt hatte? Sie schämte sich ordentlich, daß sie den Worten der anderen überhaupt zugehört hatte. Gewiß hatte Gisela nur halb zugehört und alles verdreht. Sie hatte ja immer eine so blühende Phantasie. Aber, — sie hatte es so bestimmt behauptet, es richtig gehört zu haben, — sie hätte es beschwören können, hatte Gisela gesagt: „Sonst merken es die anderen." Hatten Knut und Ellen ein Geheimnis miteinander? Warum sollten sie nicht? Sie konnten ja eine Überraschung vorhaben. Ob sie Knut einfach danach fragte, — so wie damals? Würde er sich nicht verwundern? Verwundern über seine törichte Frau? Die sich von dieser Gisela alles einreden ließ?

Lies ballte zornig die Faust.

Nein, ganz gewiß nicht, — von Gisela ließ sie sich nichts einreden, — gar nichts. Das war ja einfach lächerlich, sich zu grämen über Worte, die diese hysterische Frau gehört haben wollte.

Lies setzte sich auf die Steinbank und zog das Buch hervor, in dem sie lesen wollte. Ein Buch, das ihr Knut aus Tirol mitgebracht.

Tiefe Mittagsruhe lag über dem Wasser, kaum eine Welle kräuselte sich. Nur die Schwalben schossen hart über die Fläche, sie jauchzend mit ihren Flügeln streifend.

Lies Rainer ließ ihr Buch in den Schoß sinken.

Sie konnte ihre Gedanken heute nicht zum Lesen sammeln. Sie sehnte sich nach Knut, nach einem herzlichen Ausgelachtzuwerden. Ach, hatte er nicht recht gehabt? Gisela brachte nur Sorge und Unruhe. Warum hatte sie sie nur nach Nilmer genommen! Aber da schalt sie sich schon selber. Pfui, Lies, die Arme ist doch krank! Warum bist Du so dumm und hörst immer auf sie? Du bist doch die Gesunde, Frohe, Kräftige, — Du mußt mit Deinem Licht all ihre Schatten bedecken, — all ihre Sorgen, ihr Mißtrauen, lachend verscheuchen. Denn Du bist die Starke und sie die Schwache. Du kennst Knut und Ellen, aber sie nicht. Du bist Deinem Mann Glauben und Vertrauen schuldig auch in den kleinsten Dingen. Lies seufzte tief auf. Dann nahm sie das Buch unter den Arm und ging langsam wieder nach Hause zurück. Drinnen schien alles sein Mittagsschläfchen zu halten. Es rührte sich nichts.

(Fortsetzung folgt.)

Der Neunstundentag in der Schweiz.

Aus Genf wird gemeldet: Dem schweizerischen Nationalrat liegt ein Antrag auf Aufhebung des Achtstundentages vor. Der Antrag verlangt für alle dem Fabrikgesetz unterworfenen Unternehmungen die allgemeine Einführung des Neunstundentages, sowie dessen Verlängerung bis auf zehn Stunden für alle Saisonindustrien und für solche Betriebe, die eine besondere Erlaubnis der Regierung dafür erhalten. Diese Abweichung von der achtstündigen Arbeitszeit soll so lange in Geltung bleiben, wie die wirtschaftliche Krise in der Schweiz andauert und der Staat für Arbeitslose zu sorgen hat.

Der Antrag geht von dem Bestreben aus, die Produktionskosten der Schweizer Industrie zu vermindern und ihr damit auf dem internationalen Markt einen Vorteil zu verschaffen. Der Antrag hat bereits die Unterschrift von mehr als 100 Abgeordneten gefunden. Interessant ist, daß die Bewegung auf Erhöhung der Arbeitszeit auch aus der Bevölkerung heraus Unterstützung findet.

Deutsches Reich.

** **Weiterführung der Beamtenbesoldungs-Aktion.** Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat unter Zustimmung der Vertreter der dem Deutschen Beamtenbunde angeschlossenen Gewerkschaften die sofortige Weiterführung der Besoldungsaktion beschlossen. Es wird gefordert, die für Oktober—Dezember geplanten Nachzahlungen, soweit sie hinter den Beträgen von 2000.— Mark für die Beamten und 500 Mark für jeden weiteren von dem Beamten zu unterhaltenden Angehörigen zurückbleiben, auf diese Beträge aufzufüllen, Hebung des Einkommens der unteren und mittleren Beamtengruppen auf eine die Bestreitung der Lebensnotwendigkeiten sichernde Höhe, sofortige Schaffung von Einrichtungen, durch die unter Beteiligung der Beamtenorganisationen die kurzfristige automatische Anpassung der Bezüge an die fortschreitende Geldentwertung und Teuerung erfolgen muß. Im preußischen Landtage fand am Dienstag eine Besprechung der Landtagsfraktionen über die in Aussicht genommene Teuerungsaktion für die Beamten usw. statt. Die Angelegenheit ist damit derartig beschleunigt worden, daß die Auszahlung der erhöhten Gehälter sofort erfolgen kann, nachdem Reichstag und Landtag ihre Zustimmung ausgesprochen haben. Bis Ende dieser Woche dürfte dies geschehen sein.

** **Die Verwarnung des „Aufrechten".** Die Zeitschrift „Der Aufrechte" hat in Nr. 42 einen Aufsatz: „Politik Wirth" abgedruckt, der, wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, den Minister des Innern Dominicus zu einer Verwarnung des Blattes veranlaßte, weil der Aufsatz scharfe Verunglimpfungen des Reichskanzlers und des früheren Reichsministers Rathenau enthalte und geeignet sei, den inneren Frieden des Reiches zu gefährden. Der Zeitschrift wird in einem vom 6. November datierten Schreiben gemäß § 1 und 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September d. Js. das Verbot angedroht, falls sich derartige Fälle gegen verfassungsmäßige Einrichtungen des Reiches in ihren Spalten wiederholen sollten.

** **Auch der Bußtag in Thüringen abgeschafft.** Ein drittes thüringisches Notgesetz, das den Wegfall des Bußtages in Thüringen bestimmt, ist von der Thüringer Regierung erlassen und von der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit des Landtages, der auf Antrag der bürgerlichen Parteien einberufen worden war, angenommen. Seitens der bürgerlichen Parteien soll der Staatsgerichtshof angerufen werden, da in dem Notgesetz ein Verstoß gegen die Reichsverfassung erblickt wird.

Aus der polnischen Presse.

Der „Kurjer Poznański" (Nr. 257) bringt unter der Überschrift „Aus der Presse" eine recht lehrreiche Blütenlese. Er schreibt:

Die Reise des Außenministers Skirmunt nach Prag und der politische tschechisch-polnische Vertrag beschäftigt die polnische Presse lebhaft. Man muß drei Arten von Rückwirkung unterscheiden: zunächst eine unfreundliche Stimmung über die polnisch-tschechische Annäherung aus Gefühlsrücksichten, sodann die aus parteipolitischen Gründen und drittens endlich eine freundlichere, welche die Rücksichten des Gefühls besiegt, den Entschluß des Ministers Skirmunt lobt und sich hierbei von nüchterner politischer Berechnung leiten läßt. Die erste Art zeigt sich hauptsächlich in der ganzen galizischen Presse; den reinsten Ausdruck findet sie im „Głos Narodu", der schreibt:

„Minister Skirmunt begibt sich in die Hauptstadt eines Staates, der — geben wir es offen zu — in uns nur ein Gefühl erweckte und erwecken muß: Das Gefühl der Verachtung. Wir unterscheiden uns einzig in der Stärke dieses Gefühls, die abhängig ist von der Stufe des Eindringens in die tschechische Politik Polen gegenüber, eine Politik, die Polen nicht angepaßt ist; aber dieses antipathische Gefühl besteht in uns, und daher kann Herr Skirmunt kein Bündnis mit den Tschechen schließen. Das Volk würde einen solchen Vertrag mit Abscheu ablehnen als eine Beschimpfung und einen Angriff auf seine Ehre.

Dies ist offensichtlich keine Motivierung eines Politikers. Weiter stellt der „Głos Narodu" fest, daß die Bevölkerung sich nur mit schwerem Herzen mit einem solchen Vertrage einverstanden erklären könnte.

Der Krakauer „Czas" gehört schon zur zweiten Sorte:

„Von unserem Gesichtspunkt aus, so schreibt die Zeitung, „ist der politische Vertrag mit Tschechien in seinem Fundament unaufrichtig und unreell. In Wirklichkeit werden wir keinen Vorteil, der uns in diesem Vertrage versprochen wird, erhalten. Tatsache ist, daß Frankreich — man kann sagen, „umgarnt" von den Tschechen — die Erteilung der Hilfe an uns in vielen Richtungen (Anleihe, militärischer und politischer Vertrag) abhängig gemacht hat von einer politischen Verständigung mit Tschechien. Wir befanden uns zur Zeit in einer Zwangslage, und der Ausdruck dieser Lage ist der gestern unterzeichnete Akt. Es ist dies ein schweres und demütigendes Opfer, dargebracht auf dem Altar der polnisch-französischen Freundschaft."

Der „Czas" betont immer sehr stark alles, was, wenn auch unberechtigterweise, für eine Art Lösegeld des polnisch-französischen Bündnisses angesehen werden kann. Ausschließlich nur zur zweiten Sorte gehört der Warschauer „Robotnik". Die Sozialisten taten stets alles, was sie konnten, um eine polnisch-tschechische Verständigung nicht zuzulassen, da sie in Wirklichkeit immer eine scharfe deutschfeindliche Spitze hat. Darum schäumen sie auch heute vor Wut, und als Beweis ihrer vom polnischen Gesichtspunkt fast verbrecherischen Ansicht mögen die folgenden Sätze des „Robotnik" dienen:

„Herr Skirmunt und die nationale Demokratie machen alle möglichen Anstrengungen, um die Angelegenheit Ostgaliziens von der Tagesordnung der internationalen Politik zu beseitigen. Dies ist eine der Aufgaben des Herrn Skirmunt in Prag. Um um die große politische Reform in Ostgalizien herumzukommen und den gegenwärtigen unhaltbaren und zweckwidrigen Zustand in diesem Teilgebiet aufrecht zu erhalten, muß Herr Skirmunt um Protektionen nach Tschechien reisen, eine Protektion, die trügerisch und gefährlich ist — und bietet ihnen zugleich große politische Vorteile."

Es lohnt sich daran zu erinnern, daß es den Sozialisten darum geht, Ostgalizien nicht aus der internationalen politischen Arena zu drängen.

Zu der dritten Kategorie gehört die Presse der nationalen Richtungen. Im „Kurjer Warszawski" schreibt ein Herr B. K.:

„Wenn man die einfachen Folgen aus der Tatsache zieht, daß ein kluges Urteil der Geschichte Polen erlaubte, sich erneut gen Westen zu wenden, haben wir oftmals unter anderem die Notwendigkeit einer Verständigung mit Tschechien betont, mit dem uns gemeinsame Kapitalinteressen, vor allem die Sicherung der Friedensverträge, verbinden. Dieses Ziel ist so hervorragend, daß man es nicht einmal in den Wirren der lokalen Streitigkeiten, die in so scharfer Form auf dem Grenzboden erstanden, aus den Augen verlieren durfte." Weiter spricht Herr B. K. die Ansicht aus, daß diese Ziele „ohne Polen nicht verwirklicht werden können. Sie müssen entgegen den Bestrebungen der Deutschen erreicht werden, die weder aufrichtig an die Erfüllung der Verträge denken, noch eine Stärkung des Friedens herbeisehnen. So besteht zwischen Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien ein Band natürlicher Zusammengehörigkeit."

Die bisherigen phantastischen Pläne Tschechiens von der Schaffung eines Korridors nach Rußland usw. nennt Herr B. K. phantastisch, eine „Kinderkrankheit", die vorübergehen wird.

(Wann wird endlich der „Kurjer Poznański" von seiner „Kinderkrankheit", der Deutschenfurcht und des Deutschenhasses, genesen? D. Red.)

Theater und Musik.

Verschiedene Vorgänge der letzten Zeit auf künstlerischem Gebiet konnten hier noch nicht besprochen werden, — teils weil das zeitliche Zusammenfallen von Veranstaltungen zunächst eine Auswahl notwendig machte, teils weil die starke anderweitige Inanspruchnahme der beiden Rezensenten die sofortige Erfüllung aller Kritikerpflichten verhinderte. Das Große Theater hat in dieser Zeit — nachdem es seit Beginn der gegenwärtigen Spielzeit bis jetzt ausschließlich die Oper gepflegt hatte — sich auch dem Drama wieder zugewandt und hat diese Tätigkeit mit einer Aufführung von Mickiewiczs „Dziady" (Die Ahnen) bedeutungsvoll begonnen. Wir werden diese Aufführung gelegentlich einer der in Aussicht stehenden Wiederholungen kritisch würdigen. Eine andere wertvolle Bereicherung des Spielplans des Großen Theaters bildet ein Moniuszko-Abend („Widma" und „Sowette aus der Krim"). Auch diese Aufführung soll nachträglich in der nächsten Zeit besprochen werden.

Am Dienstag, dem 3. November spielte Zdzisław Jahnke im Saal des Evangelischen Vereinshauses eine Reihe von Werken der Geigenliteratur von Tartini, Mozart, Langstroth, Kreisler und Wieniawski. Er entzückte, wie immer, durch die klare Schönheit seines Tones und die musikalische Gediegenheit seines Vortrags. Eine wertvolle Hilfe war ihm am Klavier seine Schwester, Frl. Wiesława Jahnke, deren starke Musikalität besonders in der energischen Herausarbeitung des Klavierparts von Langstroths „Variationen auf ein Thema von Fiorillo" (Manuskript) nachdrücklich zur Geltung kam. Das Geschwisterpaar Jahnke wurde von den Zuhörern mit Recht lebhaft gefeiert.

Am Freitag, dem 4. November gab es im Großen Theater eine Ballett-Veranstaltung, deren erster Teil Délibes musikalisch reizvolles Tanzmärchen „Coppelia" bildete. Von Herrn Ballettmeister Romanowski für die hiesige Bühne eingerichtet, zogen die pantomimischen Szenen und die anmutigen Tänze dieses Balletts in wirkungsvollen Bildern an dem Beschauer vorüber und gaben in erster Linie Herrn Romanowski und den Damen Sławińska und Matuszewska Gelegenheit, ihre Tanztechnik in den Dienst dankbarer Aufgaben zu stellen. Den zweiten Teil des Abends bildete ein Tanz-Divertissement, an dessen einzelnen Nummern besonders die von Herrn Romanowski getanzten hervorzuheben wären (Menuett von Paderewski und ukrainischer Tanz von Dargomyżski) sowie der von Frl. Matuszewska getanzte slawische Tanz von Dvorak und die von Frl. Sławińska als Tanz wiedergegebene „Nacht" von Rubinstein. Den wirkungsvollen Schluß bildete ein russischer Tanz von Dargomyżski. Ausführende waren die Damen Matuszewska, Sławińska, Kacperska, Cieślakówna und Trzcianka. wl.

Druckfehlerberichtigung.

In die Besprechung der „Faust"-Aufführung in Nr. 215 d. Bl. haben sich einige böse Druckfehler eingeschlichen, die das dort Gesagte stellenweise unverständlich machen. Es ist zu lesen: in Zeile 23 des ersten Absatzes „buntes" statt „breites", in Zeile 29 desselben Absatzes „Kosmischen" statt „Komischen", in Zeile 27 des dritten Absatzes „Faust" statt „Last", in Zeile 31 desselben Absatzes „Zerrungenes" statt „Zerrissenes", in Zeile 40 desselben Absatzes „denkbar" statt „dankbar". In Zeile 4 des dritten Absatzes ist hinter „Menschenalter" das Wort „hindurch" einzuschieben.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. November.

Verminderte Abwanderungslust.

Der „Thorner Ztg." geht von interessierter Seite folgende Zuschrift zu, die wir der Beachtung auch unserer Leser dringend empfehlen, umsomehr als sie sich mit dem von uns stets vertretenen Standpunkt völlig deckt:

In den hiesigen (d. h. Thorner) Bürgerkreisen ist ein Umschlag in der Abwanderungsfrage unverkennbar. Während bis vor kurzem durch die überstürzte Abwanderung auch besonnenere Elemente mitgerissen wurden, so dringen jetzt besonnene Stimmen, die vor übereilter Abwanderung warnen, erfreulicherweise durch. In den Kreisen der Kaufleute und ganz besonders der Handwerker, hat die vernünftige Erwägung Boden gefaßt, daß eine sichere alte Existenz hier einem Schritt ins Ungewisse vorzuziehen ist. Es sind uns sogar mehrere Fälle bekannt geworden, daß Handwerker, die sich in Deutschland bereits angekauft hatten, sich bemühen, ihren neuen Besitz drüben wieder loszuwerden, da sie sich überzeugt haben, daß sich ihre Hoffnungen drüben nicht in dem erwarteten Maße erfüllt haben.

Die Bevölkerung der Stadt Posen. Das statistische Amt für die Stadt Posen teilt mit: Nach einer vorläufigen Zusammenstellung der Ergebnisse der Volkszählung in der Stadt Posen wurden am 30. September d. Js. 170 157 Zivilpersonen gezählt. Hiervon sind 159 054 Polen. Im Jahre 1910 zählte Posen 150 691 Personen, im Jahre 1917 143 023 Zivilpersonen. Die Bevölkerungszahl wuchs also im Verhältnis zum Jahre 1910 um 19 466 Zivilbewohner oder 12 92 v. H. und im Verhältnis zum Jahre 1917 um 27 134 oder 18 27 v. H. Nach den bisherigen Feststellungen des Statistischen Amtes in Posen erwartete man annähernd 185 000 Zivilpersonen. Da man der Volkszählung nicht glaubte, wurde eine genaue Kontrolle in den am meisten unsicheren Zählungsrevieren durchgeführt. Diese Kontrolle brachte gewisse Vervollständigungen, die aber unbedeutend waren. Jetzt können nur noch geringfügige Aenderungen in Betracht kommen. Die nationale Zusammensetzung hat eine radikale Aenderung erfahren. Im Jahre 1910 zählte man in Posen 89 351 Polen (57 02% der Bevölkerung), gegenwärtig 159 054 (93 47%). Die polnische Bevölkerung vermehrte sich also um 69 703 Köpfe. Die Bevölkerung deutscher Nation und anderer Nationalitäten verringerte sich um 50 237 Personen, d. h. es leben gegenwärtig 11 103 Nichtpolen in Posen.

Wahlen zur Generalversammlung der Posener Landschaft. Die Notiz über die Wahlen in Nr. 215 d. Bl. und die Anzeige in Nr. 216 enthalten eine unrichtige Angabe. Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Mitglied der Landschaft, d. h. jeder Kreditverbundene ohne Rücksicht auf die Höhe des Taxwertes. Über Ort, Stunde, Wahllokal und Wahlbezirk unterrichtet der amtliche Kreisanzeiger.

× **Die erste Schneedecke.** Bisher hatten wir schon zweimal Schneefälle, deren Spuren jedoch bald vorübergingen, da die Flocken sich sofort in ihre wässerigen Bestandteile auflösten. Heute vormittag gegen 10 Uhr begann erneut ein Flockentanz. Lustig wirbelten die Kristallsterne durch die kalte Luft, sich bald zu einer dicken Schneedecke verdichtend, die diesmal bei dem kalten Wetter längeren Bestand zu haben verspricht.

Violinkonzert von Frau Weise. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß am Sonnabend, dem 12. November abends 8 Uhr im großen Saal des Evang. Vereinshauses Frau Weise aus Lissa ein Violinkonzert veranstalten wird. Das abwechselungsreiche Programm wird Kompositionen von Mozart, Pugnani, Kreisler und Dvořak aufweisen. Herr Bickerich wird außer der Begleitung Kompositionen von Schubert und Brahms spielen. Frau Weise, die eine Künstlerin von bedeutendem Range ist, wird demnächst Polen verlassen. Es ist somit in ihrem Konzert die letzte Gelegenheit, ihre seltene Kunst zu hören. Eintrittskarten zum Preise von 100 und 200 M. sind im Vorverkauf in der evang. Vereinsbuchhandlung sowie an der Abendkasse zu haben.

* **Czempin,** 10. November. Im Anschluß an den Gottesdienst fanden am 6. d. M. in der hiesigen evangelischen Kirche die Ergänzungswahlen der kirchlichen Körperschaften statt. Von 33 Wahlberechtigten üben 16 ihr Wahlrecht aus. Einstimmig wiedergewählt wurde der Kirchenälteste Rittergutsbesitzer Karl von Delhaes auf Alt-Borowo, neugewählt Rittergutsbesitzer Otto von Bernuth-Borowo; dieser trat an die Stelle seines Vaters, der seit 57 Jahren im kirchlichen Dienst steht und bald seinen 90. Geburtstag feiern wird. In die Gemeindevertretung wurden wiedergewählt Polizeirat Lünemann, der seit 60 Jahren den kirchlichen Körperschaften angehört, Müllermeister Gintsch, Geflügelhändler Drescher, Gutsverwalter Pätzold-Piotrkowice, neugewählt Bäckermeister Schneider und Brennereiverwalter Schmidt-Piechanin. Das Pfarramt ist seit dem 1. Oktober dem Pfarrer Mahler aus Altkloster übertragen worden.

* **Ostrowo,** 10. November. Nach Mitteilungen des „Goniec Narodowy" wohnten im Jahre 1910 im Kreise Ostrowo 31 108 Polen und 178 Deutsche. Nach der letzten Volkszählung beträgt die Zahl der Polen 46 372, die der Deutschen 1597.

* **Bromberg,** 10. Nov. Der „Dz. Bydgoski" hatte eine Mitteilung des Inhalts gebracht, daß wenn die Steigerung der polnischen Mark weiter im gleichen Maße anhalten würde, innerhalb einer Woche ein Bankerott der Banken unvermeidlich sein würde. Die Folge davon war, daß die hiesigen Banken gestürmt wurden von Leuten, die ihre Guthaben zurückhaben wollten. Die Zeitung sieht sich daher veranlaßt, erneut eine Mitteilung zu veröffentlichen, daß sie nicht Bromberger Banken gemeint habe, sondern nur solche Bankgeschäfte in Warschau und Krakau, die ausschließlich auf Spekulation und Valutahandel eingestellt wären.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	11. November	10. November
4% Posener Pfandbriefe (alte) .	—.—	—.—
3% „ „ Buchst. A u. B	—.—	—.—
3½% „ „ ohne Buchst.	—.—	—.—
3½% „ „ Buchst. C .	—.—	—.—
4% „ „ Buchst. D u. E	—.—	—.—
4% „ „ (neue) . .	—.—	—.—
4% „ (neue) mit poln. Stempel	125 + A	—.—
4% Pos. Pfandbriefe	—.—	—.—
3½% Pos. Provinzialobligationen	—.—	—.—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—.—	—.—
5¼% Obl. Cegielski	—.—	—.—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hypot. Warszawsk.	—.—	—.—
Bank Związku I—IX em (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VIII	360 +	360 +
Hurtownia Drog.	135 + N	135 + A
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—.—	—.—
Kwilecki, Potocki i Ska. I—VI .	—.—	245 + A
Bank Ziemian I—III	—.—	—.—
Bank Ziemski	—.—	—.—
R. Barcikowski I—IV em. . . .	190 + A	—.—
R. Barcikowski V em.	155 +	163 + N
Centrala Skór I—III (exkl. Kup.)	350 + N	—.—
Luban	—.—	560 +
Dr. Roman May I—III	—.—	—.—
„ „ „ IV	440 + A	440 + N
Patria	—.—	360 +
Pozn. Spółka Drzewna	—.—	1110 + N
C. Hartwig I—III em.	—.—	420 +
C. Hartwig IV em.	—.—	—.—
Cegielski I—VII em.	220 + N	—.—
Hurtownia Związkowa	140 + N	—.—
Wytwornia Chemiczna	190 + N	190 + A
Wielk. Bank Rolników	—.—	—.—
Homosan I—II	—.—	210 +
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	250 + N	—.—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—.—	—.—
Bank Centralny I—III	—.—	—.—
Bank Poznański	130 + A	130 + A
Bank Przemysłowców	205 + N	210 + A
Bank Zjednoczenia	—.—	—.—
Bank Stadthagen, Bydgoszcz . .	—.—	—.—
Iri	135 + N	135 + N
Hurtownia Drogeryjna I—II . .	—.—	—.—
Hartwig Kantorowicz	620 + N	620 + N
Wytwornia Chemiczna I—II . .	—.—	—.—
Wyroby Ceramiczne Krotoschin .	—.—	—.—
Drzewo Wronki	—.—	—.—
Wisła	—.—	775 +
Arcona	450 + A	—.—
Brzeski Auto (exkl. Kupon) . .	—.—	—.—
Wagon Ostrowo	160 + N	150—155 + N
Wytwornia Maszyn Młyńskich .	—.—	—.—
Herzfeld Viktorius	—.—	—.—
Bentzki	620 + A	—.—
Orient	—.—	210 +
Sarmatia	—.—	—.—
Bławat	—.—	330 + N
Tkanina	380 + N	—.—
Wielk. Huta Miedzi	—.—	265 + N
Sierakowskie Kopalnie Węgla .	—.—	—.—
Papiernia Bydgoszcz	255 + A	250 + A
Trie (exkl. Dep.-Stck.)	—.—	200 +
Hurtownia Skór I	—.—	—.—
Polski Bank Komisowy	—.—	—.—
Kabel	—.—	135 +
Lloyd Wielkopolski	—.—	—.—
Zjedn. Cegieln. Aug.-Gradowice .	—.—	—.—
Pneumatik	130 + N	130 + N

= **Posener Getreidebörse** vom Freitag, 11. November. Heute fanden keine Notierungen statt.

= **Danzig,** 11. November. In der gestrigen Börse wurden für 100 polnische Mark 6 50—7.00 notiert. Dollars 253—256.

Posener Viehmarkt vom 11. November 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

I. Rinder: A. Ochsen I. Sorte 7000—7500 M., II. Sorte 4500—5000 M., III. Sorte 2500—3000 M. **B. Bullen** I. Sorte 7000 bis 7500 M., II. Sorte 4500—5000 M., III. Sorte 2500—3000 M. **C. Färsen und Kühe** I. Sorte 7000—7500 M., II. Sorte 4500 bis 5000 M., III. Sorte 2500—3000 M. **D. Kälber** I. Sorte 9000 bis 9500 M., II. Sorte 7500—8000 M.

II. Schafe: I. Sorte 8000 M., II. Sorte 4500—5000 M.

III. Schweine: I. Sorte 18 000—18 500 M., II. Sorte 16 000 bis 17 000 M., III. Sorte 13 500—14 500 M.

Der Auftrieb betrug: 81 Rinder, 85 Kälber, 95 Schafe, 21 Ziegen, 393 Schweine, 225 Ferkel 2000—2500 M. das Paar. Schweine nicht ausverkauft. — Tendenz: ruhig.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 11. November.

Rechtsgültigkeit deutscher Urkunden in Polen.

Großpolen und Pommerellen sind seit dem 10. Januar 1920 für Deutschland Ausland geworden. Urkunden, die vor einem Notar in Deutschland aufgenommen werden, sind nicht ohne weiteres in Polen rechtswirksam, sie bedürfen vielmehr der Beglaubigung (Legalisierung) auf diplomatischem Wege. Die Beurkundung des deutschen Notars muß dabei zunächst von einem Landgerichtspräsidenten beglaubigt werden, diese Beglaubigung wieder vom Justizministerium, diese vom Auswärtigen Amt. Erst auf Grund der Beglaubigung durch das Auswärtige Amt beglaubigt der polnische Generalkonsul die Urkunden. Damit hat dann endlich die Urkunde in Polen Gültigkeit. Aus dieser Reihe von Beglaubigungen kann vielleicht die des Justizministeriums übergangen werden. Für Berlin ist das polnische Generalkonsulat bereit, das umständliche Verfahren abzukürzen und auf Grund der Beglaubigung eines der drei Landgerichtspräsidenten die Urkunde zu beglaubigen.

Lichtbildervorträge.

Am letzten Sonntag und Mittwoch abend fanden im Gemeindehause der Christuskirche Lichtbildervorträge statt, in denen den jedesmal 200 Zuhörern, in der Mehrzahl Kindern der Christuskirche und anderer evangelischer Gemeinden, etwa 60 prächtige Lichtbilder aus „Luthers Leben" vorgeführt wurden. Veranstalter der Abende waren zwei evangelische Schüler hiesiger Gymnasien, und zwar mit einem von dem einen Schüler selbst konstruierten Lichtbilderapparat, während ein Mitglied des Gemeindekirchenrats die Vorlesung des inhaltvollen, volkstümlich verfaßten Textes übernommen hatte. Die Vorführungen wurden durch gemeinsam gesungene Lutherlieder umrahmt. Da auch zu der zweiten Veranstaltung am Mittwoch der Andrang so groß war, daß viele Erschienene keinen Platz finden konnten, findet am Sonntag nachmittag 6 Uhr eine nochmalige Wiederholung des Lichtbilderabends statt, zu dem wieder Eintrittskarten unentgeltlich beim Gemeindehelfer Heinz im Gemeindehause der Christuskirche zu haben sind. Diese Lichtbilderabende üben zweifellos auf die Teilnehmer einen Herz und Gemüt erhebenden Eindruck aus, stärken das evangelische Bewußtsein und dienen zur Sammlung der Gemeindeglieder. Sie dürften sich deshalb auch für andere evangelische Gemeinden, die unter der Abwanderung so empfindlich leiden müssen, sehr empfehlen.

Stiftungen für die Posener Universität. Der „Dziennik Pozn." berichtet von einer Spende, die vor einigen Wochen der Universität von Frau Dr. Chądzyńska auf den Namen ihres Gemahls (Dr. Jana Chądzyńskiego) überwiesen worden ist. Die in Paris weilende Dame hat ihr an der ul. Słowackiego Nr. 20 (fr. Karlstraße) gelegenes Gebäude für die Studierenden und zu Zwecken, die im Bereich der Wohnungsfürsorge liegen, gestiftet. Die Universität besitzt demnach jetzt drei größere Grundstücke: das in der ul. Dąbrowskiego Nr. 5 (fr. Gr. Berlinerstr.) gelegene, im Jahre 1919 auf Veranlassung des Direktors Hącia durch die „Bank Handlowy" in Posen gespendete Grundstück, in dem sich u. a. auch die Studentenküche befindet und ein Laden eingerichtet ist, in dem die Studenten von dem Verein „Brüderliche Hilfe" — „Bratnia Pomoc" — mit Garderobe usw. versorgt werden. Das zweite, durch gesammelte Spenden erworbene Grundstück befindet sich in der ul. Św. Marcin Nr. 40 (fr. St. Martinstr.). Das Kuratorium der Universität hat bestimmt, daß das Gebäude für die weiblichen Studierenden der Universität verwandt werden soll. Darüber dürfte aber noch eine gewisse Zeit vergehen, da die meisten Räume zurzeit noch zu Büros (Ministerium für das ehemals preuß. Teilgebiet) verwendet werden.

Der Krakauer Männergesangverein „Echo" veranstaltet am Sonntag, dem 13. und am Montag, dem 14. November zwei Konzerte im Konzertsaal der Universität. Das Programm weist eine Reihe von a capella-Gesängen, sowie einige Sololieder und Opernarien auf. Die Konzerte bieten eine gute Gelegenheit, den polnischen Männergesang kennen zu lernen. Eintrittskarten sind bei Szrejbrowski, ulica Pawła Nr. 1, zu haben. Die Konzerte beginnen um 7 Uhr abends.

X **Festnahme von Kirchenräubern.** Vor zwei bis drei Wochen wurde in die katholische Kirche in Bnin ein Einbruch verübt; gestohlen wurden mehrere wertvolle goldene und silberne Geräte. Diese Geräte wurden jetzt in Słupca bei Stralkowo von der Polizei bei zwei gewerbsmäßigen Hehlern vorgefunden, allerdings in völlig zerschlagenem Zustande. Diese Hehler wurden verhaftet, und mit ihrer Hilfe gelang es dann, die beiden Räuber festzunehmen, die den Kirchenraub begangen hatten. Es sind dieses ein gewisser Kasimir Gajta und Anton Wawrzyniak, beide aus Wiry im Kreise Posen-West. Diese gaben wieder einen gewissen Rißmann aus Posen und einen Konieczny aus Moschin als die intellektuellen Urheber des Raubplanes an, die sie zu dem Einbruchsdiebstahl verleitet haben sollen. Auch diese wurden verhaftet. Endlich wurde auch noch ein Schuhmacher Fkz aus Unterberg festgenommen, bei dem die wertvollen Geräte zunächst, nachdem sie gestohlen worden waren, untergebracht worden waren.

X **Einbruchsdiebstähle.** In der Nacht zum 7. d. Mts. wurde in das ein kürzlich neu errichtete Manufakturwarengeschäft in der ul. Głogowska 97 (fr. Glogauerstr.) eingebrochen; gestohlen wurden zwei Stück Barchend von je 60 Metern, 12 Meter rotes Inlett und 6 Dutzend schwarze Damenstrümpfe im Gesamtwerte von 100 000 M. — In der Nacht zum Donnerstag stahlen Einbrecher aus einem Musikinstrumentenladen Chwaliszewo 20 (fr. Wallischei) drei neue Geigen, eine Akkordzither und zwei Flöten im Gesamtwerte von 50 000 Mark.

---

hm. **Buk,** 9. November. In der vergangenen Nacht statteten vier Banditen in Militäruniform dem Dorfe Sędzin bei Buk einen Besuch ab. Zuerst drangen sie beim Ansiedler Georg Schmalz ein und nötigten ihn unter Vorhaltung eines Revolvers zur Herausgabe von 100000 Mk. und von 8 Paar Lederschuhen; hierauf brachen sie auf der Rückseite der dem Ansiedler Walter gehörigen Scheune ein und raubten 20 Ztr. Roggen, die sie auf einen Wagen luden, um damit davonzufahren. Auf der dritten Stelle bei dem Besitzer der früheren Thielschen Wirtschaft wurden die Verbrecher gestört und konnten leider unerkannt entkommen. Der Verdacht hat sich auf eine bestimmte Bande gelenkt; ihre Verfolgung ist im Gange. — Ein Buker Einwohner stahl ein vor dem Adamczewskischen Friseurgeschäft stehendes Fahrrad. Der Dieb wurde jedoch von der Frau Fleischermeister Schulz beobachtet, und es konnte ihm das Rad wieder abgenommen, der Spitzbube aber der Polizei übergeben werden.

* **Samter,** 9. November. Wegen Maschinendefekts blieb sowohl gestern als auch heute der fahrplanmäßige Zug 1941 Birnbaum—Samter—Posen auf der Strecke liegen, bis Ersatz der Maschine aus Posen beschafft werden konnte.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.



Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag 10: Gd. Greulich. — 11½: Kgd. Ders. — Mittwoch (Buß- u. Bettag) 10: Gd. u. Abendm.-Feier. Paarmann. — 5: Gd. Kand. Drabeim.

Kreising. Mittwoch (Buß- u. Bettag), 10: Gd. u. Abendm.-Feier. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend 6: Wochenschlußgd. Haenisch. — Sonntag, 10: Gd. Schneider. — 11½: Kindergdst. Ders. — Amtswoche: Schneider.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. Stuhlmann. 11¾: Kindergdst. Derselbe. Mittwoch (Bußtag), 10: Gd. Staemmler. 6: Bibelstd. Derselbe. — Amtswoche: Stuhlmann.

Ev.-luth. Kirche, Ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag, 10: Gdst. — Mittwoch (Bußtag), 10: Pred. u. hl. Abm. Jungermann.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Pred. Büchner. — 12: Kgdst. Ders. — Mittwoch (Buß- u. Bettag). 10: Pred., B. u. Abm. Ders.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gd. Rhode. — 11: Kindergdst. Ders. — Mittwoch (Bußtag). 10: Gd. Rhode. 11: B. u. heil. A. Ders. — Donnerstag, 8: Jungfrauenverein. Rhode. — Freitag, 6: Bibelstd. Rhode.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 10: Gd. Brummack. 11½: Kindergd. Flie. — Mittwoch (Bußtag), 9 B. u. hl. A. Brummack. 10: Gd. Ders. — Freitag 4: Vorstandssitzung d. Frauenhilfe. 6: Bibelstd. Flie.

Kapelle der Diakonissenanstalt. Sonnabend, 8 Wochenschlußgd. Sarowy. — Sonntag, 10: Gd. Ders. — Mittwoch (Bußtag), 10: Gdst. Ders.

Christl. Verband junger Mädchen. Sonntag 4: Vers. im Diakonissenhause.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 8: Hauptvers. — Montag, 7½: Blasen. — Bußtag: geschlossen. — Donnerstag, 7½: Blasen. — Sonnabend, 7½: W.-Schl.-And. 8: Polnisch.

Sassenheim. Mittwoch (Bußtag), 4½: Gottesd.

Christliche Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche, St. Lazarus, ul. Mateckiego 36 I (Prinzenstraße). Sonntag, 3½: Polnische Bibelstd. 5½: Jugendbundst. 7: Deutsche Evangelis. — Freitag, 7: Bibelstd.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag 10: Pred. 11¼: Sonntagsschule. 2¼: poln. Gottesd. 4: Pred. 5½: Jugendb. — Mittwoch, 7: Gebetsstd.



